

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Zwischen Ausgabenrausch und Ressourcenverzehr – Rastatt am Scheideweg“

wir verabschieden heute den Haushalt für das Jahr 2026. Der vorliegende Entwurf führt uns eine bittere Wahrheit vor Augen: Die Stadt Rastatt lebt massiv über ihre Verhältnisse.

Die **intergenerative Gerechtigkeit** – das Versprechen, dass wir nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel wirtschaften – wird mit diesem Plan nicht nur strapaziert, es wird ignoriert.

Der schleichende Verzehr unserer Substanz

2026 droht ein Defizit von **47 Mio. Euro**. Der Ressourcenverbrauch wird auch dieses Jahr nicht gedeckt. Besonders alarmierend: Im Finanzhaushalt fehlen allein dieses Jahr über **90 Mio. Euro**. Bis 2029 schrumpft der Finanzierungsmittelbestand trotz hoher Kredite um **128 Mio. Euro**. Unser Tafelsilber schmilzt also dramatisch, die Schulden für kommende Generationen wachsen rasant. Das ist unverantwortlich, wollen wir das so hinnehmen.

Der ausufernde Personalaufwuchs der letzten Jahre

Der Personalaufwand bleibt ein zentraler Kostentreiber: Für 2026 sind rund 60 Mio. Euro eingeplant – trotz eines Sparziels von 500.000 Euro. Der Stellenplan wächst weiter, etwa durch zusätzliche Stellen in IT, Essensausgabe und Betreuung etc... Auch wenn einzelne Bedarfe nachvollziehbar sind, summieren sie sich zu einer dauerhaften Belastung. Setzt sich dieser Trend fort, wird der finanzielle Spielraum der Stadt zukünftig noch mehr eingeschränkt.

Die Spirale der Millionen-Investitionen:

Besonders kritisch müssen wir auf die großen Bauprojekte blicken. Hier werden Summen bewegt, die jenseits von Gut und Böse sind.

Beim **Kombibad** wurden vor Baubeginn ca. **660.000**

Euro ausgegeben – nur für Gutachten. Man fragt sich muss das sein. Bei der geplanten **Feuerwache** stehen wir bereits jetzt bei Kosten von ca. **1,1 Mio. Euro** allein für Auslobung und Planungsleistungen. Notgedrungen wurden aufgrund der aktuellen finanziellen Situation alle großen Bauvorhaben erstmal auf Eis gelegt bzw. mindestens bis 2029 verschoben. Damit besteht die Chance, alles nochmals zu überprüfen und gründlich zu überdenken.

Auch zurückliegende Projekte zeigen kritisch betrachtet, dass individuelle Architektenplanungen zu teuer sind. Für kommende Vorhaben brauchen wir kosteneffiziente, standardisierte Bauweisen: Nutzung weniger kostenträchtiger Materialien, minimierte Glasfassaden und Vermeidung komplexer Holzkonstruktionen, kurzum ein optimiertes, auf das Wesentliche reduziertes Raumangebot. Nur so lassen sich die explodierenden Baukosten künftig beherrschen.

Die „Gutachteritis“ einerseits und der Ruf nach Standardisierung- Stichwort Zweckbauten

Hand in Hand mit Bauvorhaben geht bei uns offensichtlich eine Inflation mit **Gutachten** und **Beratungen**.

Anstatt jedes Mal das Rad neu zu erfinden und für jeden Kindergarten und jede Schule individuelle, architektonische Denkmäler zu planen, müssen wir umdenken. Es ist höchste Zeit für:

- **Standardbauweisen und modulare Ansätze:** Warum nutzen wir keine bewährten Typbauten, die schneller und kostengünstiger zu realisieren sind?
- **Generalunternehmer-Lösungen (GU)** sind, wo es möglich ist in Erwägung zu ziehen: Wir müssen vermehrt auf Lösungen aus einer Hand setzen, um das Risiko von Kostensteigerungen und

Zeitverzögerungen auf die Auftragnehmer zu verlagern. Sind wir da nicht gebrannte Kinder, was das Nachtragswesen bei Bauprojekten betrifft? Schauen wir mal, wie es viele andere Kommunen mittlerweile praktizieren!

Ich wiederhole: Wir müssen weg von der teuren Individualplanung hin zu funktionalen, wirtschaftlichen Gebäuden. Das spart nicht nur Planungskosten im sechs- bis siebenstelligen Bereich, sondern auch wertvolle Zeit bei der Umsetzung.

Fazit: Zeit für die Notbremse

Werte Gemeinderatskolleginnen und -Kollegen, die Zahlen lügen nicht. was haben wir in den vergangenen Jahren beim Nachtragswesen bei Bauprojekten erlebt haben, zeigt doch die Probleme. Es kam teilweise fast zu einer Verdoppelung der ursprünglich beschlossenen Kosten? Dazu haben wir ein massives **strukturelles Defizit**. Die Gewerbesteuererträge sind volatil und die Fehlbeträge summieren sich nach jetzigem Stand bis 2029 auf über 119 Millionen Euro. Also im Klartext Schulden! Sind wir uns der Zinslast bewusst?

Wir brauchen deshalb:

1. Einen echten **Einstellungsstopp**, der über symbolische Kürzungen hinausgeht.
2. Eine **harte Priorisierung der Bauvorhaben**: Wir können nicht alles gleichzeitig bauen.
3. Einen Paradigmenwechsel im Bauwesen: **Modul- und Typbauweise statt Luxusplanung**.
4. Einen konsequenten Verzicht auf unnötige **externe Expertisen**.
5. **Steuererhöhungen** lösen das Problem nicht, Einsparungen sind angesagt! Man kann doch nicht die Leistungsträger durch noch höhere Steuern immer weiter drangsalieren. Die die können, wandern einfach ab. Wenn wir jetzt nicht umsteuern, verlieren wir die Gestaltungshoheit über unsere Stadt. Und da appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen im Rat, wir treffen die

Entscheidungen und nicht die Verwaltung, die setzt um was der Rat beschließt.

Überwinden sie die Brandmauerstrategie zum Nutzen unserer Bürger und unserer Stadt und unterstützen sie mit uns die notwendige Wende.

Wir stimmen diesem Haushalt dieses Mal zähneknirschend zu, weil die Verwaltung zumindest erste Schritte zur Defizitreduzierung vorlegt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen können jedoch nur ein Anfang sein. Wir erwarten zukünftig deutlich größere Einsparungsanstrengungen auch im Hinblick auf die am Horizont erkennbare Landesgartenschau. Dazu haben wir erste konkrete, umsetzbare Vorschläge im Personalbereich sowie bei Bauvorhaben vorgelegt.

Wir danken der Verwaltung, insbesondere dem Kämmerer der Stadt Rastatt für die geleistete Arbeit!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Volker Kek

Fraktionsvorsitzender AfD Fraktion